

# BLAUER AUFBRUCH

Alternative  
für  
Deutschland

AfD-FRAKTION  
IM LANDTAG SACHSEN-ANHALT

DIE FRAKTIONSZEITUNG FÜR SACHSEN-ANHALT

5. Ausgabe | 4. Quartal 2017

Altparteien gefährden Bildung  
unserer Kinder. **Seite 3**

Zahlmeister Deutschland:  
Debatte über Massen-  
einwanderung. **Seite 4**

AfD protestiert gegen  
verfassungsfeindliche Gesetze  
der Bundesregierung. **Seite 6**

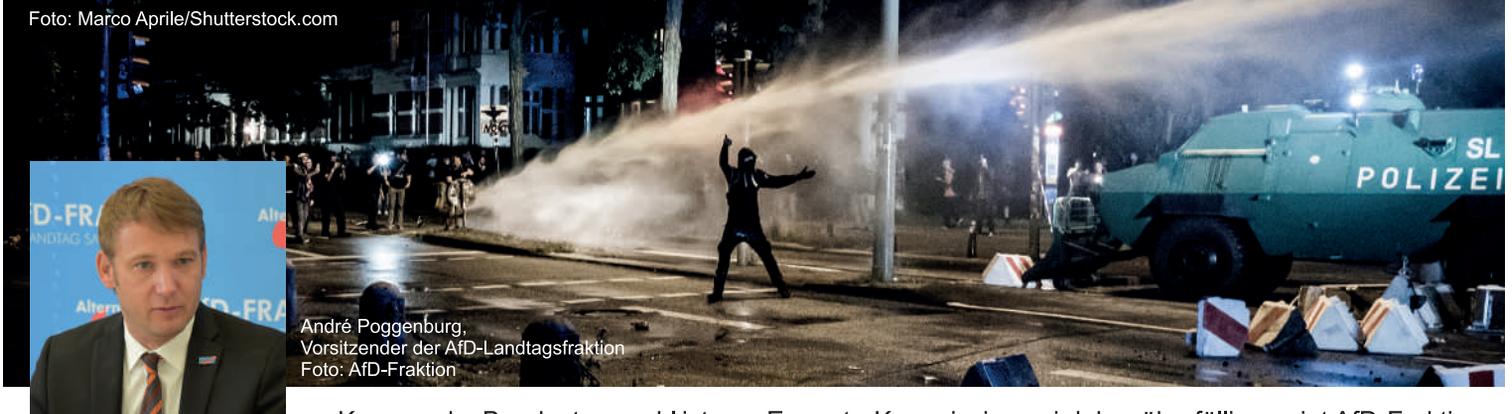
Kein deutsches Geld für  
europäische „Schuldenunion“. **Seite 8**

## ERSTE LINKSEXTREMISMUS-KOMMISSION EINGESETZT

AfD-Erfolg:

CDU-Fraktion stimmt AfD im Landtag zu –  
**BUNDESKANZLERIN MERKEL SCHÄUMT!**

Foto: Marco Aprile/Shutterstock.com



André Poggenburg,  
Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion  
Foto: AfD-Fraktion

Kurz vor der Bundestagswahl ist es der AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt gelungen, ein bundesweites Signal zu setzen. Unter der Führung des Fraktionsvorsitzenden André Poggenburg gelang es der AfD, die bundesweit erste Enquete-Kommission gegen Linksextremismus in einem Landtag einzuberufen.

Die AfD hätte die Kommission als zweitstärkste Kraft im Parlament schon aus eigener Stärke ins Leben rufen können. Doch zum „Eklat“ – zumindest in den Medien und in der Wahrnehmung der Altparteien – wurde die Abstimmung vor allem, weil zum ersten Mal, seitdem die AfD in Landesparlamenten vertreten ist, auch eine große Mehrheit der CDU-Abgeordneten dem AfD-Antrag zugestimmt hatte.

### Bundeskanzlerin rügt CDU-Fraktion

Als sich Bundeskanzlerin Merkel in der Bundespressekonferenz zu Wort meldete und die CDU-Abgeordneten, die den AfD-Antrag unterstützt hatten, öffentlich vor allen Hauptstadtjournalisten rügte und ermahnte, keinesfalls mit der AfD zusammenzuarbeiten, war der „Skandal“ perfekt. Dass sie damit das freie Mandat jedes gewählten Abgeordneten aus Partei-ration in Frage stellte, löste dagegen keinerlei Kritik aus.

Dass Linksextremismus in Deutschland eine immer größere Gefahr darstellt – zuletzt bei den gewalttätigen Ausschreitungen beim G20-Gipfel, blieb medial weithin unerwähnt. Auch in Sachsen-Anhalt sind gewalttätige Ausschreitungen, Angriffe auf die Polizei und Politiker schon fast Normalität. Eine solche

Enquete-Kommission sei daher überfällig, meint AfD-Fraktionschef André Poggenburg: „Endlich können wir uns politisch intensiv mit dem Linksextremismus auseinandersetzen. Die AfD kämpft gegen jede Art von Extremismus, gleichgültig, ob dieser rechts, links oder religiös motiviert ist. Ganz klar ist aber jetzt schon, dass die Gefahren des Linksextremismus bisher von den Altparteien gekannt ausgespart wurden. Auf dem linken Auge war die Landesregierung in Sachsen-Anhalt bisher nahezu blind!“

### Linkes Netz zwischen Antifa, Vereinen und Politik

Die Enquete-Kommission wird ihre Arbeit zum 1. Januar 2018 aufnehmen. Sie wird sich intensiv mit linksextremistischen Strukturen in Sachsen-Anhalt befassen und dem Landtag Vorschläge unterbreiten, wie diese zu bekämpfen sind. Das wird aber nicht nur mit Blick auf Sachsen-Anhalt geschehen, denn die „kriegsähnlichen Zustände“ beim G20-Gipfel in Hamburg hätte es „ohne länderübergreifende Vernetzung extremistischer linker Strukturen“ nicht gegeben, sagte Poggenburg.

„Es geht uns nicht nur darum, linke Gewaltexzesse aufzuklären, sondern auch darum, zu erfahren, wie tief und eng das linke Netz gespannt ist, das zwischen der sogenannten Zivilgesellschaft und der militanten Antifa existiert, und wie weit es durch den politisch-medialen Machtkomplex gefördert, geduldet oder vielleicht gedeckt wird“, so Poggenburg.

Fortsetzung auf Seite 8: Der Fall „Miteinander e.V.“

Die AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt informiert

## Grußwort



André Poggenburg, Vorsitzender der AfD-Fraktion  
Foto: AfD-Fraktion

Liebe Leser,

am 24. September erlebte Deutschland ein blaues Wunder. Im neu gewählten Bundestag stellt die AfD die drittgrößte Fraktion. Aus Sachsen-Anhalt gehen vier Abgeordnete nach Berlin und Sie können sicher sein, der Deutsche Bundestag ist nun nicht mehr derselbe – und das ist auch gut und richtig so!

Hier in Sachsen-Anhalt leistet meine Fraktion nun schon über 18 Monate eine sehr erfolgreiche Oppositionsarbeit.

Einiges ist uns bereits gelungen, vieles haben wir noch vor. Fest steht, dass wir nicht lockerlassen und die etablierten Parteien weiter vor uns her treiben werden. Ob in Magdeburg oder Berlin: Wir sind die Stimme der Bürger im Parlament.

Besonders beachtenswert ist der Umstand, dass zum ersten Mal, seit wahrscheinlich Jahrzehnten, in einem deutschen Parlament eine Enquete-Kommission zum Kampf gegen den Linksextremismus eingesetzt wurde. Dazu gab es eine heftige Debatte im Plenum mit den drei „linken“ Fraktionen SPD, Grüne und Linke, die den Linksextremismus anscheinend als eine Art „guten Extremismus“ ansehen. Allein die CDU-Fraktion stimmte mit großer Mehrheit für unseren Antrag, dies war ein bundesweites Zeichen und ein Dammbuch in der parlamentarischen Geschichte der AfD.

Die 5. Ausgabe unserer Zeitung „Blauer Aufbruch“ liefert Ihnen erneut einen Einblick in die parlamentarische Arbeit unserer Fraktion. Ich wünsche Ihnen eine spannende und aufschlussreiche Lektüre.

Ihr André Poggenburg

## Altparteien wollen keinen Schutz vor dem Islam AfD-Fraktion stellte Positionspapier im Landtag vor

In der Oktobersitzung des Landtags lehnten SPD, CDU, Linke und Grüne den Antrag der AfD-Fraktion ab, den Gefahren des Islams in Sachsen-Anhalt entgegenzuwirken. Die AfD-Fraktion hatte dem Landtag ihr Positionspapier zum Islam vorgestellt: Es sieht unter anderem vor, im öffentlichen Dienst jede Form des islamischen Schleiers zu verbieten sowie ein besonderes Register einzuführen, um Moscheen auf verfassungsfeindliche Aktivitäten überprüfen zu können.

Der Fraktionsvorsitzende André Poggenburg betonte, dass der „bedrohliche, oft tödliche Atem des Islam mittlerweile auch in Deutschland spürbar“ sei.

### Grundgesetzfeindlicher Islam

„Bekanntermaßen haben sich allein aus Deutschland fast 1000 Personen dem Kampf des Islamischen Staates angeschlossen“, sagte er. „Viele dieser Terroristen wollen jetzt zurück nach Deutschland.“ Der Fraktionsvorsitzende warnte davor, dass islamistische Terroristen Kinder und Jugendliche in ihre Fänge bekämen: Sie könnten durch Salafisten noch weiter radikalisiert werden, sodass hier Dschihadisten der zweiten Generation heranwüchsen.

„Der Islam ist nicht bloß Ausdruck eines Glaubens, sondern Ausdruck einer Kultur, einer politischen Ideologie, eines Wertesystems, das mit unserem niemals vereinbar ist“, sagte Poggenburg. Er unterstrich damit nochmals den grundgesetzfeindlichen Charakter des Islams, der Frauen und Schwule unterdrückt, Sex mit Kindern duldet und in der Scharia nicht nur sein religiöses, sondern auch sein politisches Gesetz hat.



„Mit unserem Wertesystem niemals vereinbar“:  
islamische Schleier  
Foto: pixabay.com

### Für den Schutz unseres Landes, unseres Volkes und unserer Kultur! – AfD-Positionspapier zum Islam

Keine Moscheen ohne Betriebserlaubnis in Sachsen-Anhalt – zentrales Register einführen, um Moscheen und Trägervereine zu überprüfen!

Keine Moschee-Neubauten mit Minaretten in Sachsen-Anhalt – islamische Herrschaftssymbole verhindern!

Keine islamischen Schleier in Sachsen-Anhalt – in der Öffentlichkeit Vollverschleierung, im öffentlichen Dienst jegliche islamische Schleier verbieten!

Kein bekenntnisgebundener Islamunterricht an Schulen in Sachsen-Anhalt – Kritik am Islam durch Ethik- und vergleichenden Religionsunterricht fördern!

Keine Islamsprachen, vor allem Arabisch und Türkisch an Schulen in Sachsen-Anhalt – mit deutscher Sprache Assimilation vorantreiben!

Keine islamischen Feiertage in Sachsen-Anhalt – deutsche Leitkultur bewahren!

# SKANDAL IM LANDTAG!

Grünen-Abgeordneter Sebastian Striegel stellt sich vor Kriminelle – AfD fordert Rücktritt aus Parlamentarischer Kontrollkommission



Foto: AfD-Fraktion

Hof des „Hasi“ in der Hafenstr. 7 in Halle

Seine wahre Haltung zum Rechtsstaat enthüllte im Oktober der Grünen-Abgeordnete Sebastian Striegel in der von der AfD beantragten Aktuelle Debatte zu einer Hausbesetzung in Halle.

Der AfD-Abgeordnete Alexander Raue, der auch Stadtrat in Halle ist, verurteilte die illegale Besetzung des Gebäudes durch Linksradikele sowie den erzwungenen Nutzungsvertrag.

## Klagen über Lärm und Müll

„Offenbar drohte man mit Terror und Randale, sodass sich die Stadt gezwungen sah, hier einzuknicken“, sagte Raue.

Er wies darauf hin, dass sich die Nachbarn seither eingeschüchert fühlten und über Lärm und Vermüllung klagten. Raue forderte dazu auf, der „Missachtung des

Rechts auf Eigentum“ entgegenzutreten. Hausbesetzungen seien „strafbare kriminelle Handlungen“.

## Unrecht zu Recht!

Das sah jedoch Striegel, bezeichnenderweise rechtspolitischer Sprecher seiner Fraktion, Mitglied im Rechtsausschuss des Landtags sowie Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission, völlig anders: „Nicht legale Tätigkeiten“ können auch „legitim sein“, sagte er unter empörten Zurufen vor allem aus den Reihen der AfD. Das Haus sei ein Ort für „Soziokultur“. Striegel wolle „Unrecht zu Recht machen“ kam es aufgebracht aus dem Plenum, und dass „politisch-moralisch begründete Verdrehung des Rechts“ ein „Wesensmerkmal von Diktaturen“ sei.



Foto: AfD-Fraktion

Alexander Raue im Landtag: „Kultur wird dort nicht gelebt!“

## „Striegel erkennt Gesetze nicht an!“

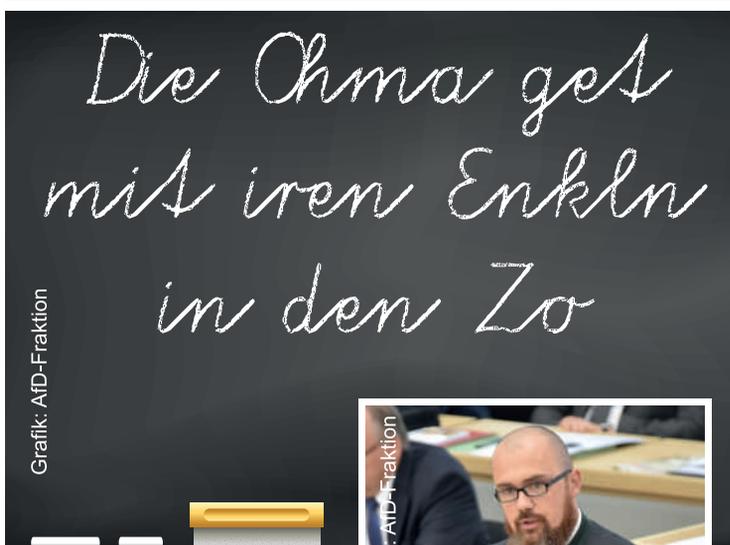
Die Debatte zeigte sehr deutlich, dass grüne Unterstützer roter Chaoten wie Striegel im Landtag Sachsen-Anhalt unbefähigt Kriminellen das Wort reden dürfen. Die AfD-Fraktion geht dagegen vor.

Unmittelbar nach Ende der Debatte forderte der Fraktionsvorsitzende André Poggenburg, dass Striegel als Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission zurücktreten solle: „Herr Striegel hat deutlich gemacht, dass er unsere Gesetze nicht anerkennt.“

Damit ist er fast selbst ein Fall für den Verfassungsschutz und kaum geeignet, in der Parlamentarischen Kontrollkommission den Landesverfassungsschutz zu kontrollieren“, sagte Poggenburg.

## ALTPARTEIEN GEFÄHRDEN BILDUNG UNSERER KINDER

CDU, SPD, Linke und Grüne halten an fragwürdigen Lehrmethoden fest



Grafik: AfD-Fraktion



Foto: AfD-Fraktion

Dr. Hans-Thomas Tillschneider,  
Sprecher für Wissenschaft,  
Bildung und Kultur  
Foto: AfD-Fraktion

In der Augustsitzung des Landtags lehnten die Altparteien den AfD-Antrag ab, die Methode „Lesen durch Schreiben“ an den Schulen Sachsen-Anhalts zu verbieten. Dazu sagte Dr. Hans-Thomas Tillschneider, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion: „Wer nämlich mit h schreibt, ist dämlich. Wer sich das in der Grundschule einprägt, wird das Wort wohl nie wieder falsch schreiben. So funktioniert Lernen: Man macht Fehler, man wird korrigiert und lernt auf diese Weise, wie es richtig geht.“ Es steht zu befürchten, dass auch an einigen Schulen in Sachsen-Anhalt Kinder nach der Methode „Lesen durch Schreiben“ unterrichtet werden.

## Linksgrüne Bildungsexperimente

Verfechter dieser Methode glauben, dass man Schüler in den ersten Jahren nicht mit Rechtschreibregeln behelligen dürfe. Die Kinder sollen stattdessen nach Gehör schreiben: „Die Ohma geht mit iren Enkeln in den Zo.“ Das Problem hierbei: Falsche Schreibweisen brennen sich ins Gehirn ein und lassen sich später nur noch schwer korrigieren.

Für Tillschneider ist es daher kein Wunder, dass die Rechtschreibkenntnisse deutscher Schüler immer schlechter geworden sind. Er kündigte an, die AfD werde sich weiter entschieden dafür einsetzen, die Schulbildung unserer Kinder wieder an die erste Stelle zu setzen und linksgrüne Bildungsexperimente wie die Methode „Lesen durch Schreiben“ abzuschaffen. In einigen Bundesländern, zum Beispiel in Hamburg, wurde diese Methode aus guten Gründen verboten.

Die AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt informiert

Foto: AfD-Fraktion



**Oliver Kirchner,**  
1. stellv. Fraktionsvorsitzender  
und Sprecher für Arbeit,  
Soziales und Integration der  
AfD-Landtagsfraktion

**Mario Lehmann,**  
3. stellv. Fraktionsvorsitzender  
und Sprecher für Recht und Verfassung  
der AfD-Landtagsfraktion

## ZAHLMESTER DEUTSCHLAND: Debatte über Masseneinwanderung

*Altparteien wollen Konsequenzen der Flüchtlingskrise nicht sehen*

Zum Thema „Masseneinwanderung verhindern!“ hielt der Landtag im August auf Antrag der AfD-Fraktion eine Aktuelle Debatte ab. Darin forderte Oliver Kirchner, Sprecher für Arbeit, Soziales und Integration der AfD-Fraktion, „klare Kante gegen illegale Einwanderung“. Seit 2015 seien mehr als eine Million Flüchtlinge unkontrolliert nach Deutschland gekommen, ein Großteil davon Wirtschaftsmigranten. Die Folgen dieser Masseneinwanderung für die innere Sicherheit seien katastrophal. Die Zahl der tatverdächtigen Asylbewerber sei bei Mord um 100 Prozent, bei Gewaltdelikten um 93 Prozent und bei Sexualstraftaten um 120 Prozent gestiegen, sagte Kirchner weiter. Zudem hätten die sogenannten Flüchtlinge zu 58 Prozent keinen Schul- und zu 80 Prozent keinen Berufsabschluss.

## Steuergelder für sogenannte Flüchtlinge: WO BLEIBT DER BÜRGER?

2017 und 2018 gibt die Kenia-Koalition insgesamt **614 Millionen Euro** für die Integration von Asylsuchenden in Sachsen-Anhalt aus – indirekte Folgekosten für das Bildungs- und Gesundheitssystem sowie die Innere Sicherheit sind darin nicht enthalten.

Für sogenannte „unbegleitete minderjährige Asylbewerber“ (uma) stellt die Kenia-Koalition 2017 und 2018 **98,5 Millionen Euro** zur Verfügung. Aktuell halten sich 1400 „unbegleitete minderjährige Asylbewerber“ in Sachsen-Anhalt auf. Die Landesregierung gibt somit für sie pro Person durchschnittlich über **35.000 Euro** im Jahr aus. Für einen Hartz-IV-Empfänger werden im Durchschnitt jährlich **6500 Euro** aufgewendet.



## Ungesteuerte Masseneinwanderung: Katastrophale Folgen für Deutschland

Foto: Janossy Gergely/Shutterstock.com

### AfD: Acht-Punkte-Plan gegen Masseneinwanderung

Im Plenum stellte der AfD-Abgeordnete Oliver Kirchner den Acht-Punkte-Plan der AfD-Fraktion vor, die Masseneinwanderung zu stoppen.

Er sieht unter anderem vor, die Grenzen sofort zu schließen und straffällig gewordene Asylbewerber sofort abzuschicken.

Der Sprecher der AfD-Fraktion für Recht und Verfassung, Mario Lehmann, wies darauf hin, dass viele sogenannte Flüchtlinge in Deutschland kein Bleiberecht hätten, aber die Steuerzahler dennoch für sie aufkommen müssten.

Viele Bürger seien in Marokko, Tunesien oder Ägypten im Urlaub gewesen. „Jetzt erklären Sie einmal dem Wähler“, rief Lehmann den Altparteien zu, „was tausende Nordafrikaner aus diesen sicheren Staaten auf unsere Steuerkosten in Deutschland zu suchen haben.“

Die Vertreter der Altparteien hatten dem, einmal mehr, nichts entgegenzusetzen. Sie betonten, dass die Flüchtlinge integriert werden müssten – allerdings äußerten sie sich nicht zu den Kosten.

1. Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylbewerber und Zuwanderer einführen!
2. Grenzen sofort schließen, Asylbewerber ohne Ausweispapiere sofort zurückweisen!
3. Straffällige Asylbewerber und Geduldete unverzüglich ausweisen und abschieben!
4. Asylbewerber bis zum Ende ihres Antragsverfahrens zentral unterbringen!
5. Alle vollstreckbar ausreisepflichtigen Ausländer unverzüglich abschieben!
6. Bei Verschleierung oder Falschauskunft der Staatsangehörigkeit Asylantrag ablehnen!
7. Identität von bereits in Deutschland befindlichen Ausländern feststellen, Ausländer ohne Papiere zentral festhalten bis Identität festgestellt ist!
8. Doppelte Staatsbürgerschaft abschaffen!



Foto: AfD-Fraktion

**Matthias Büttner**, Sprecher für Landesentwicklung und Städtebau der AfD-Landtagsfraktion

## Büttner: „AfD schafft Ordnung!“

*Die AfD geht Korruptionsverdacht bei Altparteien nach*

Das Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung (ISW) hat den Ortsverbänden der ehemaligen SPD-Landesminister Jens Bullerjahn (Finanzen) und Jörg Felgner (Wirtschaft) wohl illegale Parteispenden zukommen lassen. Der AfD-Landtagsabgeordnete Matthias Büttner hatte dieses Vorgehen scharf verurteilt. Die SPD habe damit gegen das Parteiengesetz verstoßen und die AfD werde das rechtlich prüfen lassen, sagte er.

Büttner, der stellvertretender Vorsitzender im PUA, dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur widerrechtlichen Vergabe von Beraterverträgen durch das Finanzministerium, ist, kündigte an, im PUA weiterhin gegen das Finanzgebaren der Altparteien vorzugehen. Deshalb sei die AfD in diesem Parlament angetreten: „Wir werden weiterkämpfen, um das zu verhindern, meine Damen und Herren“, sagte er mit Blick auf die illegalen Spenden.

Seit September 2016 ermittelt der von der AfD beantragte Untersuchungsausschuss: Zwischen 2011 und 2015 hatte das seinerzeit von Bullerjahn (SPD) geführte Finanzministerium ohne Wissen des Parlaments Beraterverträge in Millionenhöhe an externe Firmen vergeben. Ermittlungen ergaben, dass einer der Auftragnehmer, das ISW in Halle, zwischen 2012 und 2016 insgesamt 13.000 Euro an die SPD-Ortsverbände von Bullerjahn und Felgner überwiesen hatte. Es besteht daher Korruptionsverdacht. Der Ausschuss setzt seine Arbeit fort. Ein abschließender Bericht wird im Dezember erwartet.

## AfD wirkt!: günstiges Gas statt teuren Ökostroms!

In der Oktobersitzung des Landtags hatten Abgeordnete von CDU, SPD und AfD den Antrag der AfD-Fraktion „Energiewende in Sachsen-Anhalt stoppen!“ zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Energie und Umwelt überwiesen – es besteht die Chance, dass die weitere Erhöhung der Strompreise in Sachsen-Anhalt gestoppt wird.

Zuvor hatte Robert Farle, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, das „Ökostrom-Produktionsregime“ von CDU, SPD und Grünen scharf verurteilt: Der Bau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen treibe die Stromkosten in Deutschland immer weiter nach oben und belaste durch die EEG-Umlage vor allem Geringverdienende, Arbeitslose und arme Rentner. So sind zwischen 2006 und 2016 im Norden Sachsen-Anhalts die Preise für Haushaltsstrom bei Stadtwerken und Regionalversorgern um 25 bis 54 Prozent gestiegen. Für einen Haushalt in Blankenburg beispielsweise hat dies im Durchschnitt 401 Euro pro Jahr mehr an Stromkosten bedeutet.

### Grüne und Linke gegen Vorschlag der AfD

Unter großem Beifall der AfD-Fraktion regte Farle im Landtag an, auf Gas zurückzugreifen, um Energie zu gewinnen: Gas sei vergleichsweise umweltfreundlich und günstig sowie weltweit noch in ausreichendem Maß vorhanden, sagte Farle.

In der darauffolgenden Debatte sprachen sich vor allem Grüne und Linke dagegen aus. Durch die Stimmen von AfD, CDU und SPD wird der Vorschlag jetzt im Ausschuss für Energie und Umwelt diskutiert. „Wir werden dort alles tun, damit die Strompreisexplosion in Sachsen-Anhalt aufhört“, sagte Farle nach der Sitzung.



Foto: pixabay.com

### Stromkosten und die EEG\*-Umlage

Die Strompreisexplosion in Deutschland ist der EEG\*-Umlage geschuldet. Sie wurde 2010 eingeführt und finanziert die Stromförderung aus Wind- und Solarkraftanlagen.

#### Kosten für die Produktion einer Kilowattstunde Energie:

2010	2017
0,19 Cent	6,88 Cent

#### Preis für eine Kilowattstunde Energie in Deutschland:

Gas	elektrischer Strom
5,76 Cent	30,8 Cent

\*Erneuerbare-Energien-Gesetz

Quelle: Energiewendeindex 2017

# AfD PROTESTIERT GEGEN VERFASSUNGSFEINDLICHE GESETZE DER BUNDESREGIERUNG

Umstrittene Internetzensur bedeutet Weg in totalitären Überwachungsstaat



Robert Farle, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion

Aufgrund eines Antrags der AfD hielt der Landtag in seiner Sепtembersitzung eine Aktuelle Debatte ab. Thema: „Systematische Beschränkung der Freiheitsrechte der deutschen Bürger durch die Bundesregierung“.

Robert Farle, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion, verurteilte darin den „fortschreitenden Demokratieabbau“, den Justizminister Heiko Maas (SPD) unter anderem mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz gegen „Hasskriminalität“ betreibt.

Danach müssen Anbieter sozialer Netzwerke wie Facebook „offensichtlich rechtswidrige Inhalte“ innerhalb von 24 Stunden löschen, weniger offensichtliche innerhalb von sieben Tagen. Allerdings können nur Gerichte beurteilen, ob Inhalte „rechtswidrig“ sind. Zudem schätzen sieben von zehn Sachverständigen das Gesetz als „verfassungswidrig“ ein – sie rügen unter anderem, dass der Begriff „Hasskriminalität“ vollkommen unbestimmt sei.

Foto: pixabay.com



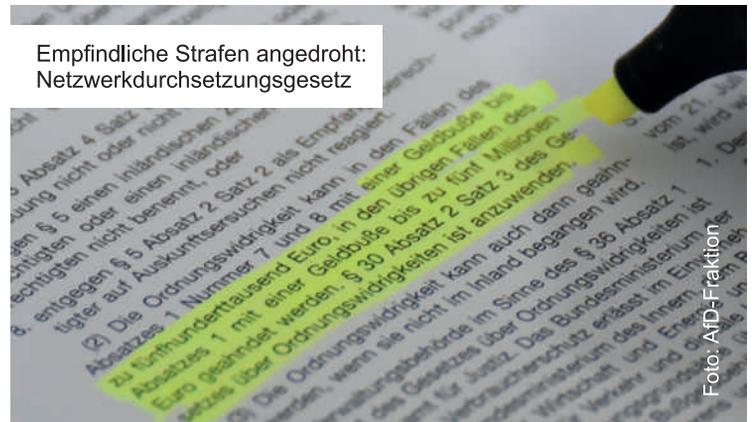
## Netzwerkdurchsetzungsgesetz

Mit den Stimmen von SPD, CDU und CSU verabschiedete der Bundestag am 30. Juni 2017 das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, um „Hasskriminalität“ im Internet zu bekämpfen. Es verpflichtet Betreiber sozialer Netzwerke, Hinweise auf strafbare Inhalte zügig zu bearbeiten und sie gegebenenfalls zu löschen – andernfalls drohen Bußgelder von bis zu **fünf Millionen Euro**.

Nach Meinung vieler Juristen, Journalisten und Politiker der Altparteien schränkt dieses Gesetz das Recht auf freie Meinungsbildung ein. Es ist somit verfassungswidrig. Massive Kritik am Gesetz übten auch Vertreter der Vereinten Nationen (UNO) sowie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

Das Gesetz könnte nur durch eine sogenannte abstrakte Normenkontrollklage zu Fall gebracht werden. Diese müssten 25 Prozent der Mitglieder des Bundestages anstrengen. Die AfD stellt mit ihren 92 Abgeordneten 13 Prozent aller Mitglieder im neuen Deutschen Bundestag.

Empfindliche Strafen angedroht:  
Netzwerkdurchsetzungsgesetz



## Meinungsfreiheit massiv eingeschränkt

Farle wies darauf hin, dass die große Gefahr bestünde, dass Betreiber sozialer Netzwerke bei unterlassener Löschung mit empfindlichen Geldstrafen rechnen müssten und daher in vorsehendem Gehorsam viele Beiträge ohne Anlass löschen würden – so wie in einem totalitären Überwachungsstaat. „Die Meinungsfreiheit wird damit massiv eingeschränkt“, sagte er, „und das Grundgesetz mit Füßen getreten.“

Genauso entschieden wandte sich Farle gegen die Überwachung von Mobiltelefonen und E-Mail-Verkehr der Bürger im Falle des Verdachts von Straftaten sowie der klammheimlich erfolgten Abschaffung des Bankgeheimnisses im Sommer dieses Jahres. Farle forderte alle Abgeordneten dazu auf, „diese Gesetze der Schande“ zu Fall zu bringen.

Es könne nicht sein, „dass die Altparteien im Interesse ihrer Herrschaftsabsicherung den Rechtsstaat Schritt für Schritt aushöhlen und abschaffen wollen“, sagte er.

Die AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt informiert

## Altparteien verweigern Kindern Schutz vor sexuellem Missbrauch

Foto: AfD-Fraktion



**Hagen Kohl,**  
Sprecher für  
Inneres der AfD-  
Landtagsfraktion

In das Septemberplenium des Landtags brachte die AfD einen Antrag ein, wonach Pädophilen der Reisepass zu entziehen ist, damit sie nicht im Ausland sexuelle Misshandlungen an Kindern vornehmen können.

Zuvor hatte Hagen Kohl, Sprecher für Inneres der AfD-Fraktion, darauf hingewiesen, dass Pädophile „wegen des hohen Verfolgungsdrucks in Europa und Nordamerika“ jetzt vor allem in Fernost,

Sri Lanka oder der Dominikanischen Republik aktiv seien.

Kohl forderte die Abgeordneten dazu auf, dem Beispiel der Schweiz und Australiens zu folgen, die Reisefreiheit von Pädophilen in begründeten Verdachtsfällen einzuschränken.

Die Abgeordneten von CDU, SPD, Grünen und Linken lehnten das ab.

Dazu sagte Kohl: „Für uns ist es der vorläufige Tiefpunkt parlamentarischer Arbeit, wenn selbst Kindern der Schutz vor Vergewaltigung und sexueller Ausbeutung verwehrt wird. Das lässt vermuten, dass Pädophile in den Altparteien teils toleriert, wenn nicht gar akzeptiert werden. Wir werden uns für den Schutz der einheimischen Kinder vor Triebtätern einsetzen. Aber wir wissen nun, dass uns dabei, wie bei den Verboten von Kinderehen und Frühsexualisierung, keine andere Fraktion unterstützen wird.“



Foto: AfD-Fraktion



Foto: Shutterstock.com

## Altparteien verschließen die Augen vor ausländischer Schulhofgewalt

Keine besondere Untersuchung wegen Vorfällen in Sachsen-Anhalt



Foto: AfD-Fraktion

**Ulrich Siegmund,** Sprecher für Gesundheitspolitik der AfD-Landtagsfraktion

In letzter Zeit wurde eine Reihe von Gewalttaten an Schulen in Sachsen-Anhalt begangen. Täter waren häufig arabische und afrikanische Migranten. Deshalb hat

sich die AfD-Fraktion mit einem Selbstbefassungsantrag an den Bildungsausschuss des Landtags gewandt. Darin wurde die Landesregierung aufgefordert, den Ausschuss über Täter, Opfer und Hintergründe in den einzelnen Fällen zu informieren.

Die Altparteien waren jedoch nicht bereit, sich dem Antrag anzuschließen. Allerdings formulierten sie den Antrag um und bezogen ihn auf „alle Gewaltformen“, wie es hieß.

Dazu erklärte AfD-Abgeordneter Ulrich Siegmund, Vorsitzender im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration des Landtags:

„Die Altparteien haben durch die unkontrollierte Masseneinwanderung zuhause Leute ins Land gelassen, die aus Ländern kommen, wo traditionell das Faustrecht gilt und Krieg oder Terrorismus zur Verro-

hung beitragen. Aber sie lehnten ungeachtet dessen unseren Vorschlag ab, spezielle Schulklassen für Flüchtlinge einzurichten.

Jetzt fällt uns die Ausländerkriminalität an unseren Schulen auf die Füße. Die multikulturellen Träumereien werden jetzt auf dem Rücken unserer Kinder ausgetragen.“ Anfang September kam es zu Vorfällen an Schulen in Wittenberg, Bitterfeld, Magdeburg und zweimal in Stendal.

Bei einer Schlägerei in Bitterfeld sollen drei Jugendliche aus Syrien mit Stahlketten auf ihre Mitschüler eingeschlagen haben. Drei deutsche Jugendliche wurden verletzt. Möglicherweise steht das im Zusammenhang mit einer Massenschlägerei am Berufsschulzentrum Wittenberg: Dort waren zwanzig Jugendliche, darunter Syrer und Afrikaner, aneinandergeraten.

Die AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt informiert



Foto: pixabay.com

## KEIN DEUTSCHES GELD FÜR EUROPÄISCHE SCHULDENUNION!

Die AfD-Fraktion wird im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landtags gegen den „Zehn-Punkte-Plan“ zur Reform der EU von Frankreichs Staatspräsidenten Macron vorgehen. Das erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses und Sprecher für Bundes- und Europaangelegenheiten der AfD-Fraktion, Tobias Rausch:

„Wir werden Macrons Plan im Ausschuss zur Sprache bringen. Wir sehen darin einen Angriff auf europäische Verträge, das Grundgesetz und unsere Souveränität. Macrons Fiskalunion ist nichts anderes als eine Schuldenunion. Danach müssten wirtschaftlich starke Länder wie Deutschland für Frankreichs Sozialausgaben oder Italiens Schulden zahlen. Genauso abwegig ist Macrons Idee einer Vertiefung der Euro-Zone durch eigene Budgethoheit und eigene Steuerkompetenz. Der Deutsche Bundestag würde dadurch sein Budgetrecht einschränken, aber dieses gehört zu seinen unveräußerlichen Rechten.“

### Empfehlungen an den Ministerpräsidenten

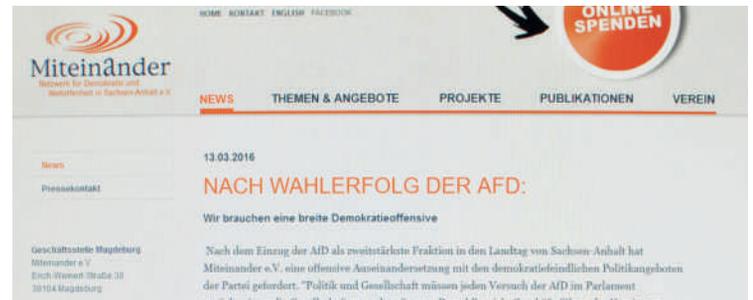
Die AfD wolle wieder mehr nationale Eigenverantwortung, um europaweit die Voraussetzungen für eine solide Finanz- und Wirtschaftspolitik zu schaffen, sagte Rausch weiter. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landtages kann Empfehlungen an den Ministerpräsidenten aussprechen, sich auf Bundesebene gegen Macrons Plan einzusetzen. Macron hatte den Plan im September vorgelegt und stieß damit auf heftige Kritik aus Politik und Wissenschaft.



Foto: AfD-Fraktion

**Tobias Rausch**, 2. Stellv. Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Bundes- und Europaangelegenheiten der AfD-Landtagsfraktion

### Fortsetzung von Seite 1



Denunziert Andersdenkende als „rechtsextrem“ und „demokratiefeindlich“: Homepage von Miteinander e.V.

### Der Fall „Miteinander e. V.“:

Der 1999 auch vom jetzigen SPD-Landtagsabgeordneten Holger Hövelmann mitbegründete Verein „Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.“ macht es sich zur Aufgabe, „Demokratiefeindlichkeit“ in Sachsen-Anhalt zurückzudrängen.

Hierzu unterhält der Verein unter anderem die „Arbeitsstelle Rechtsextremismus“, veranstaltet Workshops und gibt Publikationen heraus. Allerdings denunziert der Verein auch diejenigen als potentiell „rechtsextrem“ und „demokratiefeindlich“, die sich gegen die „Genderideologie“ oder die unkontrollierte Masseneinwanderung stellen. Der Verein verwahrt sich zudem gegen wissenschaftliche Theorien, die Links- und Rechtsextremismus gleichsetzen und fordert mehr Geld im „Kampf gegen rechts“. Nicht zuletzt spricht er sich für die Anerkennung sogenannter Antifa-Gruppen aus.

Obwohl die finanzielle Förderung des Vereins von Parteien wie CDU und FDP seit langem abgelehnt wird, erhält er nach wie vor Gelder vom Land.

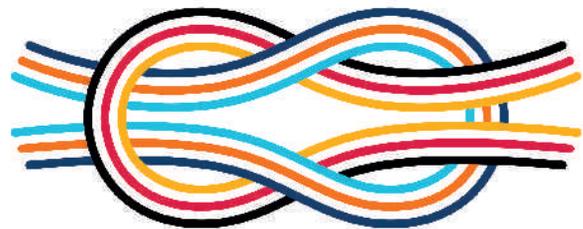


Foto: pixabay.com

# Unsere Wahlkreisbüros

## MATTHIAS BÜTTNER

39418 Staßfurt,  
Hohlweg 8  
Tel.: 03925 3058795  
E-Mail:  
buero-sft@gmx.de

## ROBERT FARLE

06317 Seegebiet  
Mansfelder Land, OT  
Seeburg, Walter-  
Schneider-Straße 6  
Tel.: 034774 703539  
E-Mail: mdl@robert-  
farle.de

## LYDIA FUNKE

06618 Naumburg  
(Saale), Markt 14  
Tel.: 03445 7111842  
E-Mail: buero@lydia-  
funke.de

## ANDREAS GEHLMANN

06526 Sangerhausen,  
Friedrich-Schmidt-Str. 2  
Tel.: 03464 2778142  
E-Mail: afd-buerger-  
buero-sgh@web.de

## THOMAS HÖSE

06886 Wittenberg,  
Pfaffengasse 27  
Tel.: 03491 8748321  
E-Mail: post@wittenberg-  
im-landtag.de

## OLIVER KIRCHNER

39124 Magdeburg,  
Schöppensteg 15  
Tel.: 01523 8275405  
E-Mail: oliver.kirchner  
@afdfraktion-lsa.de

## HAGEN KOHL

39104 Magdeburg,  
Schönebecker Str. 11-13,  
39114 Magdeburg,  
Büchnerstraße 11  
Tel.: 0391 40598677  
E-Mail: hagen.kohl@  
afdfraktion-lsa.de

## MARIO LEHMANN

06484 Quedlinburg,  
Steinweg 23  
Tel.: 03946 5273913  
E-Mail: wahlkreis.qlb  
@afdfraktion-lsa.de

## MATTHIAS LIESCHKE

06773 Gräfenhainichen,  
Markt 3  
Tel.: 03492 7264646  
E-Mail: matthias.  
lieschke@afdfraktion-  
lsa.de

## HANNES LOTH

06366 Köthen (Anhalt),  
Hallesche Straße 61  
Tel.: 03496 4051253  
E-Mail: afd.koethen@  
gmx.de

## WILLI MITTELSTÄDT

06217 Merseburg,  
Steinstraße 6  
Tel.: 0178 7212958  
E-Mail:  
afdwahlkreisbuero.  
mittelstaedt@web.de

## ANDREAS MROSEK

06844 Dessau-Roßlau,  
Muldstraße 88  
Tel.: 0340 24070644  
E-Mail: andreas.mrosek@  
afdfraktion-lsa.de

## VOLKER OLENICAK

06749 Bitterfeld,  
Walter-Rathenau-Str. 62  
Tel.: 03493 3397850  
E-Mail: volker.olenicak  
@afdfraktion.lsa.de

## ANDRÉ POGGENBURG

06712 Zeitz,  
Domherrenstraße 7  
Tel.: 03441 2884400  
E-Mail:  
andre.poggenburg@  
afdfraktion-lsa.de

## ALEXANDER RAUE

06126 Halle (Saale),  
Zscherbener Straße 17  
Tel.: 0345 68672786  
E-Mail: bueromdlhalle  
@gmx.de

## DANIEL RAUSCH

06449 Aschersleben,  
Hecklinger Straße 1  
Tel.: 01523 8275408  
E-Mail: daniel.rausch@  
afdfraktion-lsa.de

## TOBIAS RAUSCH

39240 Calbe/Saale,  
Bernburger Str. 80  
Tel.: 01523 8275404  
E-Mail: tobias.rausch@  
afdfraktion-lsa.de

## DANIEL ROI

06766 Wolfen,  
Leipziger Straße 62  
Tel.: 03494 3896376  
E-Mail: daniel.roi@  
afdfraktion-lsa.de

## ULRICH SIEGMUND

39576 Stendal,  
Schadewachten 40  
Tel.: 0152 04014860  
E-Mail: ulrich.siegmund@  
afdfraktion-lsa.de

## JAN WENZEL SCHMIDT

39164 Wanzleben-Börde  
Tel.: 0157 30919521  
E-Mail: jan.schmidt@  
afdfraktion-lsa.de

## MARCUS SPIEGELBERG

06667 Weißenfels,  
Langendorfer Str. 27  
Tel.: 01523 4134485  
E-Mail:  
marcus.spiegelberg@  
afdfraktion-lsa.de

## DR. HANS-THOMAS TILLSCHNEIDER

06231 Bad Dürrenberg,  
Promenade 11a  
Tel.: 03462 9629975,  
Adam-Kuckhoff-Str. 16  
06108 Halle  
E-Mail: h-t.tillschneider  
@afdfraktion-lsa.de

## IMPRESSUM

### Herausgeber

AfD-Fraktion im Landtag  
Sachsen-Anhalt  
Domplatz 6-9  
39104 Magdeburg

Diese Druckerzeugnisse  
dienen nur zum Zwecke  
der Verwendung durch  
die AfD-Fraktion.

### Satz und Layout

Pressestelle der  
AfD-Fraktion

### Verantwortlicher im Sinne des Presserechts:

Fraktionsvorsitzender  
André Poggenburg



## Altparteien weigern sich, verseuchte Bohrschlammdeponie sofort zu schließen *Bürgerinitiative protestiert vor dem Landtag*

Im Oktoberplenum des Landtags haben Abgeordnete von Grünen, Linken, CDU und SPD gegen den Antrag der AfD-Fraktion gestimmt, die Bohrschlammdeponie Brüchau in der Altmark sofort stillzulegen. Vergeblich wiesen der Fraktionsvorsitzende André Poggenburg sowie der Parlamentarische Geschäftsführer Robert Farle auf die extrem lebensgefährlichen radioaktiven Substanzen hin, die in der Deponie lagern.

Angesichts dessen dürfe die Gesundheit der Bürger nicht länger aufs Spiel gesetzt werden, sagten sie. In der mit großer Leidenschaft geführten Debatte versuchte sich die Abgeordnete Dorothea Frederking (Grüne) mit dem Argument herauszureden, dass wegen des Sickerwassers, das aus der Grube austrete, noch eine Menge Fragen offenblieben, denen nachgegangen werden müsse.

Kurz zuvor hatte die Bürgerinitiative aus der Altmark vor dem Landtag demonstriert und zum wiederholten Male gefordert, die Deponie sofort stillzulegen. Während der Demonstration beteiligten sich zahlreiche AfD-Abgeordnete – unter ihnen Poggenburg und Farle – und bekundeten ihnen ihre Unterstützung.

Seit Jahren vergiftet die Deponie das Grundwasser in der Umgebung von Brüchau und steht im Verdacht, Krebs bei den Anwohnern zu verursachen. Vor kurzem hatte die AfD-Fraktion deshalb Strafanzeige gegen den Betreiber und zwei Landesminister erstattet, unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung.



Foto: AfD-Fraktion

Bürgerinitiative „Saubere Umwelt & Energie Altmark“ mit AfD-Abgeordneten vor dem Landtag

## ABWASSERSTREIT:

*Auch Linke lehnen es ab, Grundstücksbesitzer zu entlasten*

In der Augustsitzung des Landtages lehnten die Altparteien den Antrag der AfD-Fraktion ab, das Kommunalabgabengesetz zu ändern. Damit sollten Nachforderungen kommunaler Betriebe auf eine Frist von drei Jahren begrenzt werden. Bisher mussten Grundstücksbesitzer mitunter jahrelang für Beitrags- und Gebührenforderungen haften, etwa für die von Abwasserverbänden. Robert Farle, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, kritisierte diese Entscheidung scharf.

An die Links-Fraktion gewandt, sagte er, ihre beständige Rede, „etwas im sozialen Bereich für die Leute“ zu tun, sei „eigentlich nur ein Spruch“. Viele Bürger würden einfach nicht mehr verstehen, in welchem Maße sie von den Altwasserzweckverbänden zur Kasse gebeten werden.

Die AfD-Fraktion kündigte an, einen weiteren, umfassenderen Entwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes vorzulegen.



Thomas Höse, Abgeordneter der AfD-Landtagsfraktion

Foto: AfD-Fraktion



„Gefährlich“ und „rechtsarm“: Magdeburger Hasselbachplatz

## Magdeburger Hasselbachplatz ist überall:

*Hunderte ausländische Mehrfach- und Intensivtatverdächtige in Sachsen-Anhalt*

Als „klaren Beweis“ für die katastrophale Flüchtlings- und Sicherheitspolitik der Altparteien bezeichnet Thomas Höse, AfD-Abgeordneter und Mitglied im Innenausschuss des Landtags, die Einschätzungen der Polizei zur inneren Sicherheit.

Im September hatte Cathleen Martin, Vorsitzende der Polizeigewerkschaft Sachsen, erklärt, in Mitteldeutschland gebe es mittlerweile von der Polizei unkontrollierbare Zonen.

„2016 gab es in Sachsen-Anhalt über 600 sogenannte Mehrfach- und Intensivtatverdächtige im jugendlichen Alter ohne deutsche Staatsangehörigkeit“, erklärte Höse. „Die Orte, die in den Polizeidirektionen als ‚gefährlich‘ oder ‚rechtsarm‘ gelten, sind nicht mehr nur Leipzig-Connewitz, sondern auch der Magdeburger Hasselbachplatz.“

Selbst in Naumburg hatte im Mai dieses Jahres ein syrischer Familienclan, der in Drogengeschäfte verwickelt ist, eine Polizeiwache angegriffen.

## AfD fordert: Ministerpräsidenten direkt durchs Volk wählen lassen! **DIREKTE DEMOKRATIE STÄRKEN!**

„Mit diesem Gesetz“, sagte der AfD-Abgeordnete Alexander Raue in der Oktoberberatung des Landtags, „können die Bürger einfacher, aktiv und direkt mitbestimmen, welche Entscheidungen für ihre Gemeinde sinnvoll sind“. Raue sprach vom Kommunalverfassungsgesetz, zu dem die AfD-Fraktion einen Änderungsantrag eingebracht hatte.

### Rechte deutscher Staatsbürger stärken

Danach sollen die hohen Hürden für Bürgeranträge, Bürgerentscheide und Bürgerbegehren in den Kommunen gesenkt werden, obgleich das für die etablierte Politik unbequem ist.

Mit ihren Vorschlägen will die AfD-Fraktion die Rechte der „Bürger“ in Sachsen-

Anhalt stärken, also die Rechte deutscher Staatsbürger und EU-Bürger, nicht jedoch die Rechte sogenannter „Einwohner“, da sie sich dort nur vorübergehend aufhalten oder ihr Aufenthaltsstatus ungeklärt ist: Der Begriff „Einwohner“ soll durch „Bürger“ ersetzt werden. Doch die Altparteien lehnten den Antrag als „rassistisch“ ab. Kurz zuvor hatte die AfD-Fraktion ein achtzehnteiliges Positionspapier vorgelegt.

### Mehr Demokratie auch im Land

Es beinhaltet die Forderungen zum Kommunalverfassungsgesetz und sieht konkrete Maßnahmen vor, auch auf Landesebene zu mehr direkter Demokratie zu gelangen. So soll das Volk unter anderem künftig den Ministerpräsidenten direkt

wählen und die Legislaturperiode des Landtags durch einen Volksentscheid vorzeitig beenden können.

### Grundlegende Reform

Der AfD-Fraktionsvorsitzende André Poggenburg sagte dazu: „Anders als die Fraktionen der Altparteien wollen wir hier eine grundlegende Reform und keine Trostpflaster!“

Das Positionspapier entstand im Rahmen der Enquete-Kommission „Stärkung der Demokratie“, die auf Initiative der AfD-Fraktion im vergangenen Dezember ihre Arbeit aufgenommen hatte.

## Vier Forderungen zum Kommunalverfassungsgesetz

### 1. Einwohnerantrag durch Bürgerantrag ersetzen:

Wir wollen, dass die Begriffe „Einwohner“ und „Einwohnerantrag“ durch „Bürger“ und „Bürgerantrag“ ersetzt werden. Wir wollen, dass nur Bürger, die in der Gemeinschaft der Kommune verwurzelt sind, das politische Leben mitgestalten.

### 2. Ortschaftsräte stärken:

Wir wollen, dass künftig auch Ortschaftsräte Bürgeranträge stellen und über ein Budget verfügen können. Wir wollen so die Demokratie auf kommunaler Ebene lebendiger gestalten.

### 3. Quoren für Bürgerbegehren senken:

Wir wollen, dass einem Bürgerbegehren – etwa zum Bau eines Asylbewerberheims – nur fünf Prozent der Ortsbürger zustimmen müssen, statt der bislang geforderten zehn Prozent. Und wir wollen, dass der nachfolgende Bürgerentscheid wirksam ist, wenn zehn Prozent aller stimmberechtigten Bürger daran teilnehmen. Wir wollen, dass die Bürger tatsächlich mitbestimmen können.

### 4. Ergebnisse von Bürgerentscheiden durchschaubar machen:

Wir wollen, dass auch bei einem „Nein“ der Bürgerentscheid gültig ist anstatt nur bei einem „Ja“, wie bislang. Wir wollen verhindern, dass Bürgerentscheide trotz aller erfüllten Voraussetzungen durch Tricks scheitern können.

## 70. Geburtstag von Willi Mittelstädt

Am 29. August wurde Willi Mittelstädt, Vizepräsident des Landtags Sachsen-Anhalt und Mitglied der AfD-Fraktion, 70 Jahre alt. Das politische Engagement kam spät für den gelernten Ingenieur, der 30 Jahre lang eine Installationsfirma betrieb. Sensibilisiert durch die katastrophale Geldpolitik der Bundesregierung während der Finanzkrise sowie ihrer ständigen Verstöße gegen geltendes Recht, trat er 2014 der AfD bei. Im März 2016 wurde er per Direktmandat von seinem Wahlkreis Merseburg in den Landtag gewählt. Er habe Fehlentwicklungen mitkorrigieren wollen, sagt er. Seine Lieblingsmaxime will er ausdrücklich auf sein politisches Wirken bezogen wissen: „Wenn es ein Gänseblümchen durch den Asphalt schafft, dann hast auch du die Kraft, immer einen Weg zu finden.“

**Wir sagen noch einmal: Herzlichen Glückwunsch, lieber Willi!**



Foto: AfD-Fraktion



Die Vortragszeit war lang: Fast neun Stunden sprachen namhafte Referenten und Politiker über deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen, Kultur und Politik. Dennoch wollte keine Müdigkeit bei den über 300 Gästen aufkommen. Fazit: Der von der AfD-Landtagsfraktion organisierte Russlandkongress war ein großer Erfolg. Er war ein weiterer Beitrag, um das angespannte Verhältnis Deutschlands zu Russland wieder in eine konstruktive Partnerschaft zu überführen.

Als sich pünktlich am 12. August um neun Uhr die Pforte des „halber85“ in Magdeburg öffnete, dauerte es keine halbe Stunde mehr, bis der Saal voll war. Gäste waren unter anderem viele Unternehmer und auch viele Russlanddeutsche. Sie alle waren gekommen, um fernab offizieller Propaganda und ungeachtet der von der EU gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen über einer vernünftigen, an deutschen Interessen ausgerichtete Russlandpolitik zu diskutieren.

### Mit russischem Gas Arbeitsplätze schaffen

In seiner Rede betonte der Fraktionsvorsitzende André Poggenburg, dass die Sanktionen gegen Russland moralisch verwerflich und völkerrechtswidrig seien. Dem stimmte auch Jörg Müller zu, der Bundesvorsitzender des AfD-Mittelstandsforums ist.

Die Sanktionen müssen sofort aufgehoben werden, forderten sie – auch mit Blick auf die gravierenden wirtschaftlichen Einbußen für die Industrie Sachsen-Anhalts. „Wir wollen ein bundesweites Zeichen gegen die Russlandsanktionen setzen“, sagte Poggenburg unter großem Beifall im Saal.

Robert Farle, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, merkte an, dass die von Wirtschaftsminister Willingmann (SPD) weiterhin geforderten Sanktionen den Interessen des Landes zuwiderliefen. „Willingmann begreift nicht“, sagte Farle, „dass Russland für kostengünstiges Gas aus Sachsen-Anhalt Maschinenbauprodukte erhalten kann. Wir könnten somit Absatzmärkte und Arbeitsplätze schaffen und die Energieversorgung im Land sichern.“ Auch das führte zu großem Applaus im Saal und zu nachdenklichen Gesichtern.

### Verhältnis zu Russland verbessern

Die Besucher beteiligten sich dann auch angeregt an den Diskussionen: Wer ein Interesse an schlechten Beziehungen zu Russland habe, wollte ein älterer Mann wissen. „Die USA“, kam es aus dem Saal zurück. „Sie wollen die Russen vom europäischen Markt verdrängen.“ Die Amerikaner hätten Millionen Dollar in den Abbau von „Fracking-Erdgas“ investiert, warf eine junge Frau dazu ein, aber das sei viel teurer als das in Russland geförderte. „Sie wollen, dass es die Europäer kaufen“, sagte sie.

Derartige Analysen gab es viele auf dem ersten Russlandkongress. Zum Schluss würdigte der kulturpolitische Sprecher, Dr. Hans-Thomas Tillschneider die zahlreich erschienenen Russlanddeutschen als „kulturelle Bereicherung“. Enttäuscht von der Politik der Altparteien gegenüber ihrer alten Heimat wenden sich viele von ihnen ab und suchen ein neues politisches Zuhause. Poggenburg versicherte abschließend: „Die AfD-Fraktion wird sich auch weiterhin im Landtag entscheiden für die Interessen der Deutschen aus Russland einsetzen.“



Foto: AfD-Fraktion

**Russlandkongress der AfD-Fraktion:** v.l.n.r.: Robert Farle, wirtschaftspolitischer Sprecher, André Poggenburg, Fraktionsvorsitzender, Waldemar Birkle, Sprecher der Interessengemeinschaft der Russlanddeutschen in der AfD, Jörg Müller, Bundesvorsitzender des AfD-Mittelstandsforums

Ich interessiere mich für die nächste gedruckte Ausgabe vom „Blauen Aufbruch.“  
Bitte senden Sie mir die nächste Ausgabe der Zeitung zu.

Bitte senden Sie mir Informationsmaterial zu.

Name: .....

Anschrift: .....

Ich möchte den Newsletter per E-Mail zugesandt bekommen.

E-Mail: .....

### Kontakt:

**AFD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt**  
Domplatz 6-9  
39104 Magdeburg  
Telefon: 0391 560 6001

✉ info@afdfraktion-lsa.de

🌐 www.afdfraktion-lsa.de

📘 www.facebook.com/afdfraktion.lsa

🐦 www.twitter.com/afdfraktionlsa